WP-4-49 Solidarität sichern

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik |
| Beschlussdatum: | 29.11.2021 |

## Text

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:
Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Menschen in prekären Lebensverhältnissen haben oft gesundheitliche Probleme, wohnen meist in durchschnittlich kleineren Wohnungen in eher „mietgünstigeren" Wohnvierteln, haben öfter Ernährungs- und Bewegungsmängel und wohnen oft dort, wo es deutlich weniger grün, aber mehr Lärm, mehr Abgase und mehr Beton gibt. Und mehr Hitze im Sommer. Klimawandel und Corona-Pandemie treffen die vulnerablen Bürger*innen ungleich härter als den Durchschnitt. Gesundheit, Umwelt und soziale Lage müssen stärker als bisher zusammen gedacht und zusammen verbessert werden. NRW muss seinen Kommunen langfristige Fördermittel- und Förderangebote zu einer integrierten kommunalen Armutsprävention, Gesundheitsförderung und Klimafolgenanpassung bereitstellen, damit diese sich den Herausforderungen eines sozial-ökologischen Umsteuerns stellen können. Sozial(raum)planung und Stadtentwicklungsplanung können hier einen wesentlichen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Umweltgerechtigkeit in den städtischen Quartieren und ländlichen Gemeinden leisten.

## Begründung

Ich möchte gerne die Ankündigung im Einleitungsteil: "Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie stark für ihre Bürger*innen sein können" durch eine konkrete Forderung zur Unterstützung der Kommunen ergänzen. Armutsbekämpfung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist im wesentlichen Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge, auch wenn es natürlich der Grundlagen durch bundesweite Regelungen und Gesetze und teilw. von Landesauführungsgesetzen bedarf. In mehren Bundesländern gefördert und seit vielen Jahren unterstützt durch die Freie Wohlfahrt kann die integrierte Sozial(raum)planung die planerische und operative Brücke zwischen Verwaltung, Freien Trägern und Quartier/Gemeinde schlagen. Gerade die ärmeren Kommunen brauchen hier aber vor allem eine längerfristig angelegte personelle Förderung und beratende Unterstützung.